

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1937**

52 (3.3.1937)

# Durlacher Tagesblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

## Pfinztäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Anzeigeberechnung: Die 6 gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig. Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für keine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Blauwünsche und Lag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 52

Mittwoch, den 3. März 1937

108. Jahrgang

# Der Völkerbund „erholungsbedürftig“

Eden vorzieht sich — Sonderbare Stellung zur Kolonialfrage — Spiel mit Sanktionen  
Vorschlag einer „Weltkonferenz zur Vermeidung des Krieges“

Oppositionsantrag vom Unterhaus abgelehnt.

DNB. London, 3. März. Am Schluß der gestrigen außenpolitischen Aussprache wurde der Antrag der Opposition, die Mittel für das Auswärtige Amt herabzusetzen, mit 243 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

DNB. London, 2. März. Das Unterhaus trat am Dienstag wiederum in eine außenpolitische Aussprache ein. Eröffnet wurde sie vom Labour-Abgeordneten Greenfield, der eine Kürzung der Ausgaben des Foreign Office beantragte. Er erwähnte die Rüstungen verschiedener Länder, wobei er es nicht unterlassen konnte, in diesem Zusammenhang die Friedenspolitik Deutschlands zu verunglimpfen und mit russischen Unterstellungen zu arbeiten. Greenfield forderte den Außenminister schließlich auf, sich über das Sicherheitsproblem West- und Mitteleuropas zu äußern.

Außenminister Eden begann mit der Feststellung, daß es in der heutigen Zeit gewiß etwas Geheimdiplomatie gebe. Er müsse aber bekennen, daß er in den letzten Wochen von Zeit zu Zeit Anlauf hatte, sich zu fragen, ob es nicht judiel offene Diplomatie gebe. Eden behandelte hierauf die spanische Frage und wandte sich gegen die Behauptung, daß die britische Regierung ihre Augen vor der wirklichen Lage schließe. Die britische Regierung habe von Anfang an entschieden die Politik der Nichteinmischung unterstützt. Zu diesem Zweck habe sie eine Initiative nach der anderen ergriffen. Niemals habe sie in ihrer Treue zu dieser Politik geschwankt. Man habe behauptet, daß die Franzosen im spanischen Streit eine aktivere Politik ergriffen hätten, wenn nicht Großbritannien ständig Frankreich am Mantel gepupst hätte. Das sei nicht wahr. Die französische Regierung habe sich stets nur für die Politik der Nichteinmischung eingesetzt. Sobald der Kontrollplan arbeite, was, wie er hoffe, nächste Woche der Fall sein werde, würde die nächste Aufgabe darin bestehen, sich mit der indirekten Einmischung zu befassen. Der wichtigste Teil dieser Aufgabe sei es, die Zurückziehung der in Spanien kämpfenden fremden Staatsangehörigen zu erreichen. Damit werde ein weiterer Schritt zur Beilegung des Bürgerkrieges getan sein.

Nachdem Eden hierauf eingehend die humanitäre Arbeit Großbritanniens in Spanien geschildert hatte, wandte er sich der Völkerbundspolitik zu. Er wolle keineswegs den Rückschlag vorfeinern, den der Völkerbund durch den abessinischen Streit erlitten habe. Wenn der Völkerbund auch seine Schwächen habe, so sei er doch noch keineswegs begraben. Das zeige u. a. der Streit zwischen der Türkei und Frankreich, den der Völkerbund mit Erfolg behandelt habe.

Weiterhin ging Eden auf die Frage der Kolonien ein, da der Vertreter der Labour Party zu Beginn der Sitzung hierüber Auskunft verlangt hatte. Vor wenigen Tagen sei er von einem Unterhausmitglied gefragt worden, ob der Außenminister in unheimlich klugen Worten erklären wolle, daß Großbritannien keinerlei Abtretung von Gebiet in Betracht ziehe, das sich unter britischer Kontrolle befände. Lord Cranborne habe ehemals geantwortet: „Wie die Regierung früher festgestellt habe, habe die Regierung eine solche Übertragung nicht erwogen und

ermäge sie nicht“. Diese Erklärung, so sagte Eden, stelle die Politik der britischen Regierung dar und er habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen. (Beifall auf den Regierungsbänken.)

Zu der Frage der Völkerbundsposition antwortete Eden, wenn man eine Politik allgemeiner Verpflichtungen in Europa empfehle, so ginge man aber über die Völkerbundsatzungen hinaus und beschwöre eine Politik, die keine Regierung unterzeichnen könne, wenn sie nicht absolut davon überzeugt sei, sie durchführen zu können. Wenn man der Regierung vorwerfe, sie halte Reden über den Völkerbund, tue aber nichts, um seine Autorität wieder herzustellen, so müsse er erklären, er glaube nicht, daß dem Völkerbund durch irgend eine heroische Pöle in Genf gedient sei. Weiter verlange man von der Regierung, daß sie mit der Völkerbundsreform fortfahren solle. Hier wolle er ganz offen sein: Hierüber gingen innerhalb der Mitglieder des britischen Reiches die Ansichten weit auseinander. Die einen wollten alle Sanktionen gestrichen haben, während die anderen die militärischen Sanktionen automatisch machen wollten. Wenn man in diesem Augenblick eine individuelle Ansicht durchdrücken verlange, laufe man die größte Gefahr, daß man den Völkerbund in Stücke schlage. Der Völkerbund sei gegenwärtig erholungsbedürftig. In einem solchen Stadium könne

man ihm nicht zwei gefährliche Operationen zumuten. Man müsse dem Patienten Zeit lassen, wieder Kräfte zu gewinnen.

Zum Schluß erörterte Eden die außenpolitische Bedeutung des britischen Wiederaufrüstungsprogramms. Das Haus könne feststellen, so erklärte er, daß dieses Programm fast allgemein willkommen geheißen werde. Der Grund hierfür sei ganz einfach: Jedermann im Auslande wisse, daß Großbritannien niemals in Widerspruch zu seinen Völkerbundsverpflichtungen zum Kriege schreiten werde. „Wir müssen alle“, so schloß Eden, „die Notwendigkeit dieser Aufrüstung bedauern, aber wir sind der Überzeugung — und ich glaube, das ist die Überzeugung jedes Mitgliedes dieses Hauses, das auf Weltfrieden hofft — daß dieses Land eine größere Macht haben muß, um die Streitkräfte des Friedens zu stärken. Die Politik der britischen Regierung besteht hinsichtlich der Rüstungspolitik darin, daß sie den ihr größtmöglichen Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens leistet“.

DNB. London, 3. März. Nachdem Eden seine Ausführungen beendet hatte, wurde die außenpolitische Aussprache im Unterhaus fortgesetzt.

Henderson (Labour Party) erklärte, er vertrete nicht die Ansicht, daß Großbritannien nach der Völkerbundsatzung die Wahl

## Wehekräft-Verstärkung in Italien

Beschlüsse Des Faschistischen Großrates — Bekenntnis zur deutsch-italienischen Zusammenarbeit

Rom, 2. März. Die amtliche Mitteilung über die Sitzung des faschistischen Großrates in der Nacht zum Dienstag hat folgenden Wortlaut:

„Im faschistischen Großrat vom 1. März berichtete Mussolini über die militärische Vorbereitung der Nation. Der Großrat nahm folgende Tagesordnung an:

A. Der faschistische Großrat betrachtet den Stand unserer militärischen Ausbildung, nachdem er den ausführlichen Bericht des Duce gehört hat, als befriedigend. Er ist jedoch der Ansicht, daß irgendwelche Möglichkeiten einer Rüstungsbeschränkung endgültig auszuschließen ist und beschließt daher:

- a) die Verwirklichung eines Planes für eine weitere angemessene Vermehrung unserer Wehekräft;
- b) die Verlängerung der dem Generalkommissariat für die Kriegsproduktion übertragenen Aufgaben auf fünf Jahre;
- c) die vollständige Militarisierung sämtlicher aktiven Kräfte der Nation zwischen 18 und 55 Jahren mit regelmäßiger Einberufung der mobilisierbaren Klassen.

B. Die Erreichung eines Höchstmaßes an Autarkie, was die militärischen Bedürfnisse anbetrifft, und wenn nötig, vollkommene Hintanstellung der zivilen Bedürfnisse hinter die militärischen.

C. Die Aufforderung an die italienische Wissenschaft und Technik zur Mitarbeit, damit dieses Höchstmaß an Autarkie möglichst rasch erreicht wird, da nur durch die Wissenschaft, die Technik und durch Opferbereitschaft die weniger begünstigten Völker einem etwaigen Angriff von Ländern tandhalten können, die über reichere Mittel und größere Hilfsquellen verfügen.

Der faschistische Großrat hat ferner nach einem Bericht des Außenministers Graf Ciano über die internationale Lage die folgenden Tagesordnungen beschlossen:

Der faschistische Großrat یرicht seine Solidarität mit dem nationalen Spanien aus und begrüßt die Truppen Franco, deren Sieg das Ende jedes bolschewistischen Versuches im Westen und den Beginn einer neuen Epoche der Macht und sozialen Gerechtigkeit für das spanische Volk bedeuten wird, das mit dem Italiens durch jahrhundertalte Bande der Sprache, Religion und Geschichte verbunden ist. Der Außenminister wird beauftragt, der Regierung Franco diese Tagesordnung amtlich zur Kenntnis zu bringen.

Der Großrat billigt die im Bericht des Außenministers dargelegte Tätigkeit der italienischen Außenpolitik vom 18. November und spricht ihm lebhaften Beifall aus. Er stellt mit Freude fest, daß die Politik des italienisch-deutschen Einverständnisses sich fortentwickelt und ihre zunehmende praktische Wirksamkeit gezeigt hat.

Er stellt mit Befriedigung fest, daß die italienisch-britischen Abkommen vom 2. Januar eine nützliche Klärung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Hinblick auf das Mittelmeer darstellen.

Er nimmt die positiven Ergebnisse zur Kenntnis, die in den italienisch-türkischen Besprechungen von Mailand erreicht wurden, und spricht noch einmal seinen Willen zu wirksamer friedlicher Zusammenarbeit auf allen Gebieten und mit allen Ländern aus, die den Wunsch zur Zusammenarbeit mit dem faschistischen Italien gezeigt haben oder zeigen werden.

An der Aussprache nahmen teil: de Bono, Starace, di Renel, Grandi, Marconi, Farinacci und Volpi.

Der Großrat hat schließlich dem Vizemarschall Graziani einen kameradschaftlichen Gruß und warme Glückwünsche gesandt in der sicheren Annahme, daß er das gerechte, doch unbeugsame Gesetz Roms anzuwenden wissen wird und hat den faschistischen Soldaten und Arbeitern von Abdis Ababa für ihre Haltung nach dem Attentat ein besonderes Lob ausgesprochen.

Der faschistische Rat wird am 3. März, 10 Uhr abends, erneut zusammentreten.

## Sato, Japans neuer Außenminister?

Der japanische Botschafter in Paris zum Außenminister auszuwählen.

DNB. Tokio, 3. März. (Staatsdienst des DNB.) Nachdem der frühere Botschafter in Berlin Obaia den Posten des Außenministers abgelehnt hat, steht, wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes ankündigte, die Ernennung des bisherigen Botschafters in Paris, Sato, zum Außenminister bevor. Sato, der 54 Jahre alt ist, war nacheinander Gesandter in Warschau, Vertreter beim Völkerbund und auf der Flottenkonferenz in London, Botschafter in Brüssel und seit 1933 Botschafter in Paris.

Im Zusammenhang mit dieser Ernennung dürfte Botschafter Sugimura von Rom nach Paris und Gesandter Sotta von Bern nach Rom verlegt werden, während Direktor Amai, der Presseschef des Auswärtigen Amtes, nach Bern gehen soll.

## Exemplarische Strafe für Wirtschaftsschädlinge

350000 RM Geldstrafe für Preiswucher

Berlin, 2. März. Der Reichskommissar für die Preisbildung teilt mit: Die Inhaber der Obsthandelsfirma Gebrüder Dralle und Drochtersen (Regierungsbezirk Stade), Bauer und Obsthändler Hermann Dralle und seine Söhne Adolf, Jonny und Robert Dralle, sind wegen Preiswucher mit einer Geldstrafe von 350000 RM bestraft worden. Der Obsthandel ist durch den Preiswucher der Gebrüder Dralle mit sofortiger Wirkung geschlossen worden. Es ist Sorge getragen, daß die noch vorhandenen Apfelsortimente ordnungsgemäß verwertet werden.

Die Gebrüder Dralle lieferten als Verlandhändler Äpfel aus dem niederrheinischen Obstanbaugebiet (Alte Lande) nach Berlin, Hamburg und Köln. Die Äpfel, für die sie in den Monaten Januar und Februar d. J. höchstens 32 RM je Zentner (für allerbeste Qualität) hätten fordern dürfen, verlauferten sie zum Preise von 52 RM, 55 RM, ja sogar 57 RM je Zentner. Trotz ausdrücklicher Betanntgabe an den Verlandhandel, daß als Höchstabgabepreis im Sinne des Preiserhöhungsverbots vom 26. November 1936 nur ein Preis von 32 RM zugelassen sei,

haben die Gebrüder Dralle die Preistreibeerei fortgesetzt. Sie konnten vor einigen Tagen abgefaßt werden, als sie wieder einen größeren Posten Bostop-Äpfel aus dem Alten Lande an Berliner Händler für 52 RM verlaufen wollten. Der über die ausreichend bemessene Verdienstspanne hinausgehende Mehrerwerb der Dralles dürfte mit einer Viertelmillion RM noch sehr niedrig anzunehmen sein.

Bezeichnend für die Gefinnung dieser Volksschädlinge ist, daß ihre Gesamtspende für das Winterhilfswerk 1936/37 in Drochtersen 280 RM betrug. Nach einer vorliegenden Sachspendenausschüttung sind von ihnen in Berlin zwei Pfund Äpfel gespendet worden. Die Bestrafung der Dralles möge allen denjenigen zur Warnung dienen, die noch heute glauben, sich durch Preiswucher auf Kosten ihrer Volksgenossen ungekraft bereichern zu können. Das Preiserhöhungsverbot vom 26. November 1936 gilt uneingeschränkt und ist von jedem Volksgenossen zu beachten. Zumberhandlungen werden, wie dieser Fall zeigt, aufs Schwerste bestraft.

habe, ob es z. B. der Tschechoslowakei helfen wolle oder nicht. Die Völkerbundsfassung verlange vielmehr, daß das Opfer eines Angriffes verteidigt werde, und zwar durch militärische Sanktionen. Ebens Rede in Leanington gehe nicht weit genug. Ein Westpakt, der die britischen Verpflichtungen auf Frankreich, Belgien und Deutschland beschränke, sei in keiner Weise geeignet, den europäischen Frieden wirksam zu festigen. Auf der Grundlage der kollektiven Sicherheit könne der Friede in Europa nicht erzielt werden, falls die britischen Verpflichtungen sich auf diese drei Länder beschränken. Notwendig sei ein europäischer Pakt, der alle Länder umfasse, auch Deutschland. Sollte sich Deutschland nicht beteiligen wollen, so solle man es fortlassen.

Sir Austen Chamberlain erklärte, er halte ein neues Abkommen nicht für notwendig.

Der Labour-Abgeordnete Bellenge beschäftigte sich u. a. mit dem deutschen Kolonialanspruch. „Sie haben zu überlegen“, so sagte er, „ob wir ein Land wie Deutschland in derselben Lage halten können, in der es 1918 war, als es gezwungen wurde, einen ungerechten Vertrag zu unterschreiben. Wenn Sie aber sagen, daß Deutschland berechtigte Beschwerden hat, müssen Sie einen Ausweg aus diesen Beschwerden finden“. England könne unmöglich erklären, daß es Deutschland für immer den Zugang zu „einigen“ jener Kolonien verweigere, die es Deutschland 1919 geraubt habe. Man dürfe nicht glauben, das Empirie könnte auf der Grundlage des Rechtes der Eroberung erhalten werden.

Nachdem sich der konservative Abgeordnete Emerys-Evans in einer jedes Verständnis für die berechtigten deutschen Forderungen baren Rede gegen die Ausführungen Bellenge gewandt hatte, setzte sich der Labour-Abgeordnete Williams für seine Partei nochmals für eine starke Völkerbundspolitik ein.

Der Regierungsstandpunkt brachte abschließend Unterstaatssekretär Cranborne zum Ausdruck. Er wiederholte die Feststellung Edens, daß kein Grund für die Vermutung vorliege,

daß das Nichtteilnahmsabkommen nicht ordentlich durchgeführt würde. Cranborne betonte weiter, daß zwischen der Regierungspolitik und der der Opposition wirklich nicht viel Unterschied bestehe. Beide stimmten darin überein, daß, was die Rüstungspolitik anlangt, die Streitmacht niemals zum Angriff benutzt werden sollte. Die Regierung stehe außerdem zur kollektiven Sicherheit, ebenso wie die Opposition. Es gehe nicht darum, einen Krieg zu gewinnen, wenn ein solcher ausbrechen sollte, sondern der eigentliche Zweck sei der, daß die Streitkraft von Ordnung und Gesetz so stark sei, daß überhaupt kein Krieg ausbrechen könnte. Wenn man sich aber zu diesem Schluß betenne, sei es auch Pflicht jeder Nation, die die kollektive Sicherheit unterstütze, dafür zu sorgen, daß die eigenen Kräfte stark genug dafür seien. Es sei besser, sie seien zu stark als zu schwach.

Cranborne streifte dann die Anregung, eine Weltkonferenz zur Vermeidung des Krieges einzuberufen. Er verwies auf die ungeheuren Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage und auf die Schwierigkeit, Grundlagen eines Abkommens zu finden, das im Augenblick annehmbar wäre. Die Abrüstungskonferenz sei in der Hauptsache an der historischen Feindschaft zwischen Nationen gescheitert, die sich gegenseitig voller Verdacht gegenüber ständen. Die Lage sei noch dieselbe, und jeder Fehlschlag einer großen Weltkonferenz würde mehr schaden als nützen. Das Hauptziel der britischen Politik sei der Friede, und der Zweck der Wehrmacht der, den Frieden zu erhalten.

Cranborne wandte sich dann an die Opposition mit dem Ersuchen, ihre Haltung zu mäßigen, um im Auslande nicht den Eindruck zu erwecken, daß eine Uneinigkeit bestehe, die tatsächlich nicht vorhanden sei. Man habe 3 große gemeinsame Grundlagen: Die Verteidigung der altgebrachten Freiheit, die Erfüllung der Verpflichtungen Englands und als bedeutendste von allen den Frieden.

Es folgte dann die bereits gemeldete Abstimmung.

## Meldungen für schnelle Leser

Berlin. In einem Erlaß vom 22. Februar hat der Reichserziehungsminister bestimmt, daß körperlich und geistig gut entwickelte Schüler und Schülerinnen bei guten Leistungen bereits nach Besuch der drei ersten Klassen der Volksschule auf die grundständige höhere Schule übergehen können. Ferner wird angeordnet, daß von Ostern 1937 ab in die Aufbauschule solche Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden können, die die sechste Volksschulklasse mit Erfolg durchlaufen haben.

Leipzig. Die ausgezeichnete Gesamtlage des Inlandsgechäfts auf der Leipziger Frühjahrsmesse hielt auch am Dienstag an. Dazu trat eine außerordentlich günstige Entwicklung der Auslandsabläufe.

Rom. Zu den Beschlüssen des faschistischen Großrates schreibt die „Tribuna“, daß Italien damit der unerbittlichen tatsächlichen Lage Europas Rechnung trage.

London. Im englischen Unterhaus fand am Dienstag wiederum eine außerpolitische Aussprache statt, in der Außenminister Eden sprach.

London. In den bekannten englischen Kolls-Koyes-Autowerken haben 3500 Mann die Arbeit niedergelegt.

## Ehrendormmeister Professor Wohlgemuth gestorben

Dr. B. Weipzig, 2. März. Eine traurige Kunde für die gesamte deutsche Sängerverwelt ist das am Dienstag erfolgte Ableben des Ehrendormmeisters des Deutschen Sängerbundes, Professor Gustav Wohlgemuth, dessen Name überall dort, wo das deutsche Lied erklingt, bekannt ist. In 45jähriger Tätigkeit hat der Heimgegangene den Leipziger Männerchor zu einer Blüte gebracht, die ihm zahlreiche Ehren im In- und Auslande einbrachte. 1896 wurde er Bundesmusikdirektor des Leipziger Sängerbundes, und von 1898 bis 1933 gab er sich in unermüdlicher Arbeit den Aufgaben des Deutschen Sängerbundes hin. U. a. hat der Verstorbene das Liederbuch des Sängerbundes herausgegeben und die erste Schriftleitung der heutigen „Deutschen Sängerbundzeitung“ in Händen gehabt. Die musikalische Schöpferkraft Professor Wohlgemuths äußerte sich in zahlreichen Volksliederbearbeitungen und eigenen Kompositionen, von denen das allenthalben gesungene „Wie's daheim war“ fast zum Volkslied geworden ist.

## Italien ruhig, aber nicht gleichgültig

Mailand, 2. März. Auch der Direktor des „Giornale d'Italia“ würdigt die Beschlüsse des faschistischen Großrates in längeren Ausführungen als das Verdienst Mussolinis und als Beweis dafür, daß die faschistische Politik ihren normalen Kurs verfolge, ohne sich Illusionen hinzugeben oder sich durch die europäische Unordnung beeinflussen zu lassen.

Das halbamtliche Blatt betont, daß das vom Duce aufgezeigte Problem der Militarisierung mit den von Graf Ciano dargelegten außenpolitischen Fragen im engsten Zusammenhang stehe. Denn nationale Rechte können nicht ohne eine starke Wehrmacht manhaft vertreten werden, und deshalb müsse auch Italien rüsten.

Italien bleibe gegenüber den riesigen Rüstungsprogrammen anderer Staaten ruhig, aber nicht gleichgültig.

Im Hinblick auf die Erklärungen Cianos vor dem Großrat betont dann das halbamtliche Blatt, die Achse Rom-Berlin sei durch die Reise von Graf Ciano nach Berlin und Berichtsgaben vollendet worden und erweise sich heute als einer der hauptsächlichsten und sichersten Faktoren im europäischen System. Das auf der Ideengemeinschaft begründete deutsch-italienische politische Einverständnis entwickle sich fortschreitend, unbehindert aller noch in den letzten Tagen wieder versuchten Sabotageakte.

Grundätzlich, so erklärt abschließend das halbamtliche Blatt, sei Italien für Zusammenarbeit mit allen Ländern bereit, die diese Zusammenarbeit wünschen. Dies gelte sowohl für England, ganz Europa und die Welt, ganz besonders aber für die Balkanstaaten und den Nahen Orient. Die italienische Politik des bewaffneten Friedens erweise als ein Ausdruck der Kraft und der Klarheit, ohne irgend welche Tatsachen ungelöst zu lassen, oder durch zweideutige Behauptungen die Möglichkeit zu allerhand falschen Auslegungen zu geben. Der Faschismus habe auch mit der Sitzung des Großrates Europa einen neuen Beweis eines entschlossenen, offenen und verantwortungsbewußten Willens gegeben.

Rom, 2. März. Die römische Presse unterstreicht in den Ueberschriften ihrer Berichte über die bedeutamen Beschlüsse des faschistischen Großrates besonders die fortschreitende praktische Wirksamkeit der Politik des deutsch-italienischen Einverständnisses und hebt weiterhin den entschlossenen Willen Italiens hervor, zur Verteidigung seiner eigenen Freiheit in jeder Beziehung aerüttet zu sein.

### Paris mitgeteilt

Paris, 2. März. Die Beschlüsse, die der Große Faschistische Rat in der Nacht zum Dienstag gefaßt hat, lösen in Paris Mißstimmung und Kritik aus.

Mussolini, so schreibt „Paris Midi“, habe nach der Eroberung Methinpiens erklärt, daß Italien nunmehr zu den befriedigten Staaten gehöre. Als unerwarteten Beweis für diese Befriedigung habe der Große Faschistische Rat jetzt beschlossen, die Zahl der Geschütze zu erhöhen. Der römische Berichterstatter

der Agentur Havas freut zu den Beschlüssen fest, daß Italien endgültig den Weg der allgemeinen und ständigen Mobilmachung von Menschen und Material eingeschlagen habe. Allein die Tatsache, daß das Generalkommissariat für die Ueberwachung der Herstellung von Kriegsmaterial beibehalten worden sei, obgleich es ursprünglich nur für die Dauer des afrikanischen Feldzuges geschaffen war, beweise, daß Italien eine Kriegsgeschichte nicht von der Hand weise.

## Nochmals die Prager Außenpolitik

Rußenminister Krokta berichtet

Prag, 2. März. In den Außen Ausschüssen der beiden Kammern des Prager Parlaments erstattete Außenminister Dr. Krokta einen Bericht über die internationale Lage.

In dem „Deutschland und Europa“ gewidmeten Teil seiner Ausführungen verwies der Minister zunächst auf die Kundgebungen der englischen, französischen und deutschen Staatsmänner seit seinem letzten Bericht, wobei er als besonders wichtigen übereinstimmenden Standpunkt Englands und Frankreichs hervorhob. Aus der letzten deutschen Kanzlerrede vom 30. Januar glaubte der Minister Anzeichen einer Annäherung der Standpunkte herausgehört zu können.

Auf das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland im einzelnen eingehend, erklärte der Minister, die offiziellen Beziehungen beider Länder seien während des abgelaufenen Zeitraumes gut gewesen. Die einseitige Aufhebung der Internationalität der deutschen Flüsse habe zwar die Lebensinteressen der Tschechoslowakei berührt. Die Verletzung Deutschlands jedoch, daß es keine Verschlechterung der bisherigen Beziehungen der Tschechoslowakischen Schifffahrt beabsichtige, habe es ermöglicht, es bei einem grundsätzlichen Protest bewenden zu lassen. Minister Krokta erwähnte weiter die befriedigende Lösung der Wirtschaftsverhältnisse zu Deutschland durch das Abkommen vom 11. Februar 1937, das beiden Partnern wesentliche Besserung bringe. In diesem Abkommen könne man gewiß den Beweis des guten Willens Deutschlands zu einer für das gut-

nachbarliche Verhältnis vorteilhaften Zusammenarbeit erblicken.

Nachdem Krokta dann festgestellt hatte, daß allerdings die Haltung eines Teiles der reichsdeutschen Presse und des Rundfunks nicht ganz im Einklang mit dem sonst glatten offiziellen Verkehr gestanden zu haben scheine, schloß er seine Betrachtung über das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis: „Da wir den wiederholten Versicherungen des deutschen Reichstanzlers, daß das Reich mit der Tschechoslowakei in Frieden leben wolle, glauben, geben uns die letzten Wirtschaftsverhandlungen und die Atmosphäre, in der sie erfolgt sind, Grund zu der Hoffnung, daß auch diese Presselampe wahrhaft gutnachbarlichen Beziehungen weichen wird, die wir alle aufrichtig wünschen. Diese Hoffnung wurde durch die Kundgebung des deutschen Reichstanzlers bei der Zusammenkunft ehemaliger Frontkämpfer in Berlin auch bekräftigt.“

Bei der Betrachtung des Verhältnisses der Tschechoslowakei zu den anderen Staaten nahm Minister Krokta dann zu den immer wieder auftauchenden Gerüchten über eine Krise der Kleinen Entente Stellung und erklärte, dieser Staatenbund habe eine starke und tragfähige Grundlage. Zu dem genannten Fall S e b a wolle er nur bemerken, daß die rumänisch-tschechoslowakischen Beziehungen einen derartigen Charakter hätten, daß sie durch keine Presselampe erschüttert werden könnten.

Das Verhältnis zu Frankreich sei durch die Bündnisverträge der Tschechoslowakei bestimmt. Mit Befriedigung vermerkte Dr. Krokta die englisch-französische Einigung, die die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sei. Hierauf wies der Minister die verschiedenen Darstellungen des tschechoslowakischen Verhältnisses zur Sowjetunion zurück und veruchte, den reinen Verteidigungscharakter der Verträge herauszustellen. In der letzten Zeit sei in den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen eine allmähliche Beruhigung eingetreten. Zum Verhältnis zu D e s t e r r e i c h und U n g a r n erklärte der Minister, daß die Tendenz der Staaten des Blokes der römischen Protokolle die Föhrung für eine Zusammenarbeit mit den Ländern der Kleinen Entente offenzuhalten, weiter bestehe.



Wasche und pflege moderne Gewebe mit Fewa

## St. Passer Wege die sich kreuzen

Ueheber-Rechtschutz Korrespondenzverlag Otto Waidlde, Leipzig G 1 76

Sellfarbig und sanft ist der große, sonnige Raum. Die Tapeten von Lichtem Grün mit silbernen Leisten abgesetzt. Silbergrau die großen, glatten, äußerst zweckentsprechend gebauten und angeordneten Möbel. Silbergrau der Teppich. Längs der Breitwand — unter seitlich verschiebbaren Glasuren — Regale für Bücher und Schriften. Eine behagliche Sitzede mit Kissen, deren Farben fein abgestimmt sind. Dazu fügen sich harmonisch die Stiche und Radierungen, Reproduktionen und Pastelle. Große, kugelförmige Beleuchtungkörper in der Mitte, in den Ecken und beim Schreibtisch. Und Blumen. Viel Blumen. Ueberall. In Töpfen blühen Hyazinthen und Tulpen; in Gläsern und Schalen duften Sterglocken und Narzissen. Es liegt viel festlicher Frohsinn über dem Raum; und viel freudige Erwartung steht auf Fabians gutem Gesicht.

„Wunder, wunderschön,“ sagt Daniela und es kommt ihr von Herzen. Beide Hände reicht sie dem Mann. Dankbar und — böllig unbefangen.

Er ist glücklich. Dann kommt Doris, um Daniela zu begrüßen, das Zimmer zu bemundern und zu versichern, daß sie es in dem ihren auch sehr schön habe. Das muß Daniela so gleich ansehen.

Und sie findet es wirklich auch sehr schön. „Auch“, gewiß. Aber dieses letzte, liebevoll-gartinnige, das in der

Auschmückung ihres Raumes so deutlich zum Ausdruck kommt. Das fehlt hier.

Warum? Sollte Fabian sie besonders auszeichnen? Aus welchem Grunde wohl? Deshalb räumt er ihr, nach verhältnismäßig kurzer Zeit freundschaftlicher Zusammenarbeit einen höheren, besseren Platz ein, als der lang erprobten, sehr geschätzten Kameradin Wendhausen? Zum ersten Male fällt Daniela etwas auf, gibt ihr zu denken, verwirrt sie einigermassen...

Ob Doris ihre Gedanken errät, als sie lächelnd meint: „Ja, der Fabian. Großartiger Kerl. Mit uns meint er es so gut. Ich bin stolz, seine Kameradin zu sein. Und Sie, Daniela, wie könnten Sie glücklich sein als seine — Frau.“

„Um Gottes Willen, Doris, was reden Sie da?“

„Nichts, was Sie erschrecken mühte, sollte, könnte oder dürfte... Aber wenn es Ihnen peinlich ist, darüber zu sprechen, dann habe ich nichts gesagt und Sie verzeihen mir, daß ich überhaupt daran gerührt habe. Dergleichen ist ja im allgemeinen auch gar nicht meine Art. Und Freund Fabian würde — so er es erfähre — meiner... hm... taktlosen Entgleisung wenig Dant wissen.“

„Dafür ich um so mehr, liebe Doris. Das heißt, von Taktlosigkeit kann natürlich keine Rede sein. Ich möchte Sie sogar noch mehr fragen. Zum Beispiel, wie lange wissen, oder sagen mir, glauben Sie, daß Fabian... solche Gefühle für mich hegt?“

„Meiden wir ruhig beim wissen“, Daniela. Also ich weiß — schließlich muß man ja so etwas nicht erst extra groß gesagt bekommen, um es zu wissen — schon geraume Zeit, daß Fabian Sie liebt und bin sicher, daß auch Ihr Bruder die gleiche Beobachtung gemacht haben wird. Obgleich ich natürlich auch mit ihm nicht darüber gesprochen habe.“

„Sollte demnach ich selbst die einzige Ahnungswaise sein?“

„Es scheint so.“

„Ja, aber dann kann es ja jeden Tag geschehen, daß... er spricht.“

„Er wird Sie schon nicht überrumpeln, Daniela, sondern langsam, sanft und so zart kommen, so wie eben seine Liebe zu Ihnen ist.“

„Wie gut Sie ihn kennen, Doris.“

„Das kann man wohl sagen.“

„Ja hingegen... ich kenne ihn doch eigentlich noch garnicht. Das sehe ich jetzt erst so... fast kras. Bei dieser Entdeckung, die mich direkt... bestürzt...“

„Das heißt, ich bin mir natürlich all der hervorragenden Eigenschaften Dr. Fabians bewußt, schätze sie ganz außerordentlich und bringe dem Manne alle herzlichste Sympathie entgegen. Aber... ich liebe ihn doch nicht.“

„Und werden Sie ihm das sagen, wenn er Sie in absehbarer Zeit fragen wird, ob Sie seine Frau werden wollen?“

„Gewiß, Doris. Das muß ich doch. So schmer es mir fallen mag, darf ich ihm doch nicht vorenthalten, wie es um mich steht. Darf es um so weniger, wenn er mich wirklich so liebt, wie Sie meinen!“

„Um...“

„Doris, bitte, reden Sie doch richtig mit mir! Warum helfen und raten Sie mir nicht, wo Sie doch sehen, daß ich dessen so bedürftig bin.“

„Hier kann Ihnen, meine liebe Daniela, kein Dritter raten. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Ich will damit keine billige Nebenart gebrauchen. Ebensovornig, wenn ich Ihnen versichere, daß ich Ihnen sonst geet jeden Freundschaftsdiens leistet, wann immer Sie darnach fragen, und daß Sie stets meiner herzlichsten und aufrichtigsten Gefühle gewiß sein sollen.“